

## Eintreten für Gerechtigkeit

### Sie und Ihre SPD – Wir im Westen

Die Geschichte des Stuttgarter Westens, wie wir ihn heute kennen, beginnt mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert. Große Industriebetriebe wie Waldbaur Schokolade, Bleyle Textilien, der BASF-Vorläufer Siegle und Knosp oder Bosch prägen den Stadtbezirk. Auch die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie sind seit jeher tief im Westen verwurzelt – bis heute. Mit ca. 190 Mitgliedern ist der Ortsverein Stuttgart-West einer der größten Stuttgarts.

#### Der Ortsverein:

Der Ortsverein bildet die unterste Gliederungsebene der SPD. Hier „ist man Mitglied“, hier tritt man ein. Nicht, wie viele Neumitglieder glauben, in die Landes- oder Bundespartei. Der Ortsverein kümmert sich um die Lokalpolitik, stellt die Mitglieder der Bezirksbeiratsfraktion und nominiert Gemeinderatskandidaten, die dann von der nächst höheren Instanz, der Kreiskonferenz, für die Wahl aufgestellt werden.

Der OV West trifft sich alle zwei Monate im Rahmen einer Mitgliederversammlung. Bei der Jahreshauptversammlung wählen die Mitglieder alle zwei Jahre den OV-Vorstand. Mitgliederversammlungen stehen meist unter einem aktuellen Thema, das von einem Referenten erläutert und vom Plenum diskutiert wird. Häufig entstehen aus dieser Diskussion Anträge an die Gemeinderats- oder Landtagsfraktion, sich für ein bestimmtes Thema einzusetzen. Traditionell im Sommer findet der ganztägige OV-Ausflug statt, in den letzten Jahren nach Maulbronn, an den Bodensee oder nach Schwäbisch Hall.

#### Die Jusos:

Die Jungsozialisten sind der „Nachwuchs“ der Partei. Ihnen gehören alle Parteimitglieder, aber auch parteilose und politikinteressierte Jugendliche bis 35 Jahre an. Die Jusos sind eine eigene Organisation, mit eigener Gliederung und eigenen Themen. Der „Ortsverein“

#### Kontakt vor Ort

- **Jürgen Guckenberger** · Vorsitzender  
juergen.guckenberger@gmx.com
- **Ralf Brodda**  
Stellv. Vorsitzender und Sprecher der Bezirksbeiratsfraktion  
brodda.schlieter@t-online.de
- **Dominik Schmeiser**  
Sprecher Juso-AG West  
dominik.schmeiser@jusos-stuttgart.de
- **Marcus Brucker**  
Öffentlichkeitsarbeit  
marcus\_brucker@web.de

Weitere Informationen unter:  
[www.spd-stuttgart-west.de](http://www.spd-stuttgart-west.de)

heißt bei den Jusos z.B. „Arbeitsgemeinschaft“. Die Mitgliedschaft bei den Jusos ist nicht förmlich und beitragsfrei.

#### Mitglied werden:

In die SPD eintreten ist ganz einfach: Im Internet gibt es auf fast allen Seiten der SPD-Gliederungen Online-Formulare. Einfach ausfüllen und absenden. Natürlich ist auch die „klassische“ Anmeldung per Brief an die SPD möglich. Den Mitgliedsbeitrag legen Sie übrigens selbst fest. Je nach Einkommen beträgt er mindestens 2,50 Euro monatlich, bei hohem Einkommen entsprechend mehr. Hier zählt das Solidaritätsprinzip, denn die Einstufung nimmt jedes Mitglied anhand der aktuellen Beitragstabelle selbst vor.

Fragen? Melden Sie sich bei uns per Post oder E-Mail. Denn der Slogan stimmt: „In unserer Mitte ist noch Platz!“



Ausflug des Ortsvereins Stuttgart-West nach Maulbronn · 2007





# Ein echter Wechsel für Baden-Württemberg

Nach 58 Jahren CDU-Regierung im Land ist spürbar, dass die Bevölkerung einen Wechsel möchte. In vielen Umfragen erscheint die Option, dass nach dem 27. März 2011 eine rot-grüne Landesregierung die Arbeit aufnimmt, so realistisch wie selten zuvor. Nach einer derart langen Regierungszeit haben sich Filz und Interessenverstrickungen breitgemacht. Von der Kiesaffäre um den zurückgetretenen Staatssekretär Fleischer bis hin zum verfassungsrechtlich hochproblematischen Vorgehen von Stefan Mappus beim Rückkauf der EnBW-Anteile – das Land und seine Menschen haben Besseres verdient!

Ein echter Wechsel für Baden-Württemberg – unter diesem Motto stand der SPD-Landesparteitag in Stuttgart, der mit dem Regierungsprogramm einen sozialen Gegenentwurf zur schwarz-gelben Klientelpatronage verabschiedet hat. Internationale Studien stellen fest, dass wir in Baden-Württemberg die Spitzenposition einnehmen, wenn es darum geht, dass Bildung hochgradig abhängig ist vom Einkommen der Eltern. Darauf muss man andere Antworten parat ha-



Dejan Perc · SPD-Kandidat im Wahlkreis Stuttgart I

ben, als das bloße Festhalten an dem überkommenen mehrgliedrigen Schulsystem. Viel zu früh werden die Kinder und Jugendlichen aufgeteilt und in Schulsysteme gesteckt, die ihnen geringe Entwicklungsperspektiven aufzeigen. Wer will denn einem Hauptschüler heute noch vormachen, ihm stünden alle Wege offen? Nein, ein schrittweises Umlenken hin zu längerem gemeinsamen Lernen ist vonnöten, um den Schülerinnen und Schülern die Chancen zu geben, die sie verdient haben.

Bildung beginnt aber nicht erst in der Schule. Kitas sind keine Kinderaufbewahrungsanstalten. Der Erzieherberuf muss aufgewertet werden und auf Sicht brauchen wir eine Kita-Pflicht. Dieses Angebot muss durch das Land finanziert werden und für Eltern kostenlos sein. In den frühen Jahren werden die Fundamente für die Zukunft gelegt. Wir dürfen kein Kind außen vor lassen und müssen allen optimale Zukunftschancen eröffnen.

Wir brauchen nicht zuletzt für die Zukunft unseres forschungsintensiven und innovativen Landes viele hochqualifizierte Menschen. Reform der Bachelor-Master-Studiengänge, Verbesserung der Anrechnungsmöglichkeiten, Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft und Abschaffung der selektiv wirkenden Studiengebühren sind hier die richtigen Stichworte.

Mit diesen und vielen weiteren Punkten hat die SPD gezeigt, dass sie einen anderen Weg gehen möchte und den Menschen im Land ein gerechteres und sozialeres Miteinander eröffnet. Für einen echten Wechsel am 27. März 2011.

Dejan Perc · 35 Jahre · Beruf: Diplom-Kommunikationswissenschaftler · [www.dejan-perc.de](http://www.dejan-perc.de)

## Die neue Zeit braucht neue Ziele. 10 Gründe für Ihre Wahlentscheidung am 27. März 2011.



Dejan Perc · Matthias Tröndle · Ruth Weckenmann · Martin Körner (v.l.n.r.)

### 1. Für gerechte Bildungschancen

Ohne Gebühren, vom Kindergarten bis zur Uni. Mit verlässlicher Sprachförderung im 1. Kita-Jahr. Längeres gemeinsames Lernen und Schulsozialarbeit an allen Schulen.

### 2. Für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Verlässliche, planbare und bessere Betreuungsangebote. Mit genug Plätzen für Kleinkinder, Ganztageschulen mit gesundem Mittagessen und freier Wahl zwischen G8 und G9.

### 3. Für höhere Wertschätzung von Arbeit – auch finanziell

Anständige und leistungsgerechte Bezahlung sicherstellen durch Tariftreue. Eindämmung der Leiharbeit und Einführung von generellen Mindestlöhnen.

### 4. Für bezahlbaren Wohnraum

Junge Familien brauchen bezahlbare Wohnungen gerade in Stuttgart – wir stärken die Wohnraumförderung.

### 5. Für stabile kommunale Finanzen

Wir erhalten die Gewerbesteuer und lassen die Städte nicht im Regen stehen.

### 6. Für echte leistungsgerechte Besteuerung

Wir bekämpfen Steuerhinterziehung und nutzen die Steuer-CDs. Personal in der Steuerverwaltung wird nicht weiter abgebaut.

### 7. Für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energieversorgung

Wir steigen aus der Atomenergie aus und stellen die Weichen für umweltfreundlichen Strom.

### 8. Für eine bürgernahe Polizei

Wir stoppen den Personalabbau bei der Polizei. Eine Streife mehr pro Revier stärkt die Sicherheit – nicht härtere Gesetze.

### 9. Für eine echte Integration aller, die hier wohnen

Vielfalt ist eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Statt Vorurteilen und Ausländerfeindlichkeit braucht es gleiche Lebens- und Bildungschancen.

### 10. Für den Wechsel. Für ein soziales und modernes Stuttgart.

Lesen Sie mehr im Internet unter: [www.warumspd.de](http://www.warumspd.de)

# Zeitenwende in Baden-Württemberg

Beim Jahresempfang 2011 der SPD Stuttgart konnten Kreischef Andreas Reißig und die Fraktionsvorsitzende Dr. Roswitha Blind den SPD-Landesvorsitzenden Dr. Nils Schmid im Rathaus begrüßen. Der Spitzenkandidat sprach über eine Zeitenwende für Baden-Württemberg, bei der die SPD neue Wege gehen wolle.



Schulpolitisch gehe es darum, „allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an Bildung zu sichern“. Dazu seien mehr Ganztagschulen und Sozialarbeiter nötig. Wirtschaftlich will der SPD-Chef das Land zu einem „Musterländle für nachhaltige Mobilität“ machen und die Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke zurücknehmen. Diese Verlängerung schade der heimischen Industrie, „weil unsere Tüftler daran nichts verdienen, sondern ihre längst entwickelten Windräder nicht mehr absetzen können“.

„Wir möchten die Leih- und Zeitarbeit stärker regulieren“, betonte Nils Schmid im voll besetzten großen Sitzungssaal. Auch der Auflösung von Tarifverträgen werde seine Partei nicht länger zusehen, denn „wir wollen nicht die begünstigten, die mit Dumpinglöhnen unterwegs sind“. Schmid sprach sich für ein Tariftreugesetz aus, das „auch die redlichen Handwerker schützt“.

Nils Schmid warnte auch vor einem Auseinanderdriften der Stadtgesellschaft: „Die soziale Idee ist aktueller denn je, weil auch die Gesellschaft von morgen den gemeinsamen Zusammenhalt braucht.“

Dr. Roswitha Blind Vorsitzende der SPD Gemeinderatsfraktion · Dr. Nils Schmid Vorsitzender der SPD Baden-Württemberg · Andreas Reißig Vorsitzender der SPD Stuttgart

## Stadtwerke Stuttgart

### Eckpfeiler für Kommunale Daseinsvorsorge

Im Juni 2010 hat der Gemeinderat den wichtigen Beschluss gefasst, die Wasserversorgung in Stuttgart wieder in die eigenen Hände zu nehmen. Er hat gleichzeitig beschlossen zu prüfen, ob es sinnvoll ist, neue Stadtwerke zu gründen. Möglich macht dies das Ende der Laufzeit der Konzessionsverträge Ende 2013. Sie räumen bisher der EnBW das Recht ein, in Stuttgart Leitungsnetze zu bauen und zu betreiben.

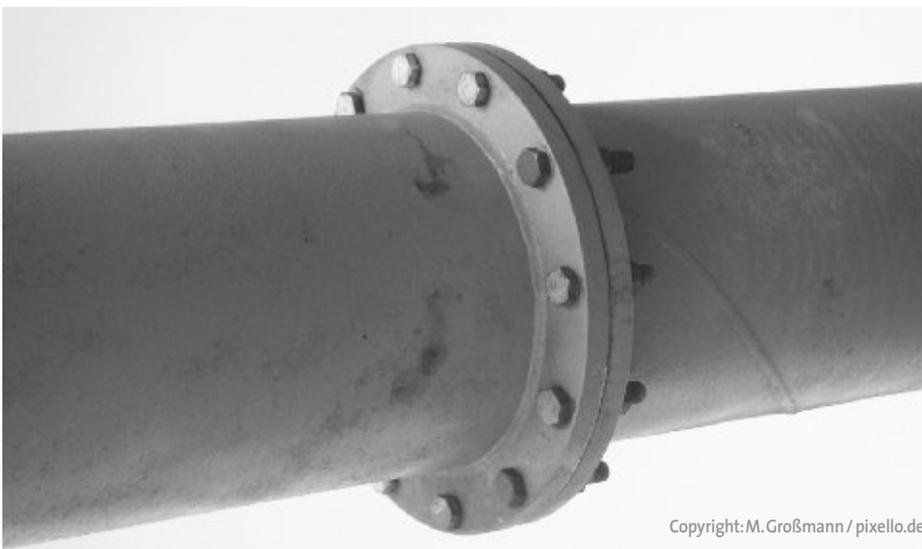
Der Rückerwerb der „Lebensadern“ der Stadt, zehn Jahre nach dem Verkauf der Neckarwerke Stuttgart (NWS), war auf

Initiative der SPD bereits im Kommunalwahlkampf ein zentrales Thema. Auch eine Bürgerinitiative hatte erfolgreich Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt. Angesichts von Liberalisierung und Globalisierung immer größerer Lebensbereiche müssen wir darauf achten, dass die elementaren Bedürfnisse der Menschen nicht ihrer demokratischen Einflussnahme entzogen werden. Dies gilt für die Wasserversorgung. Und dies gilt auch für eine dezentrale Energieversorgung auf regenerativer Basis. Die Bereitstellung umweltfreundlich erzeugter Energie wird in Zeiten des Klima-

wandels zunehmend auch zu einer Aufgabe der Städte und Gemeinden. Sie sind vor Ort. Ihnen trauen die Bürger noch am ehesten „über den Weg“.

Politisches Ziel der SPD in Stuttgart ist es, unsere Stadt und ihre Bürger schon in wenigen Jahren mit ausschließlich ökologisch erzeugter Energie zu versorgen. Weltklimakonferenzen dürfen nicht nur Papiere erzeugen. Entscheidend sind handfeste Ergebnisse. Stadtwerke können hierzu einen entscheidenden Beitrag leisten. Inzwischen hat der vom Gemeinderat beauftragte Gutachter seine Empfehlungen präsentiert. Es zeigt sich, dass die Gründung von Stadtwerken für die Stadt auch ökonomisch sinnvoll ist.

Wie geht es weiter? In den nächsten Monaten werden die Details eines Geschäftsmodells geklärt. Dann muss der Gemeinderat endgültig entscheiden. Es folgen die notwendigen Verhandlungen. In diesem Zusammenhang darf man gespannt sein, wie das Land, das seit dem „Mappus-Deal“ einflussreichster Aktionär der EnBW ist, seine neue Rolle versteht. Wird es die Gemeinden unterstützen, oder ausschließlich der Atomenergie die Stange halten? Spätestens nach der Landtagswahl wird auch darüber Klarheit bestehen.



Copyright: M. Großmann / pixello.de

Zusammenbringen, was zusammen gehört: Die Wasserversorgung soll wieder in kommunale Hand.

Manfred Kanzleiter

# Wohnungsbau nach Münchner Vorbild

**Wohnen in Stuttgart ist teuer. Gute Wohnungen zu vernünftigen Preisen sind Mangelware. Auf den teuren Stuttgarter Grundstücken bauen Investoren luxuriöse Wohnungen, die sich die meisten Stuttgarter nicht leisten können. Jahr für Jahr gibt es weniger Sozialwohnungen, denn sie sind nur eine bestimmte Zeit lang Sozialwohnungen, anschließend können sie auf dem freien Markt vermietet oder verkauft werden. Alle Förderprogramme für bezahlbaren Wohnraum setzen Grundstückspreise voraus, die es in Stuttgart nicht gibt.**

Da lohnt sich der Blick nach München. Wo auch immer in München neues Baurecht geschaffen wird, da muss der Investor 30% seines Grund und Bodens zu einem verbilligten Preis zur Verfügung stellen, und dort müssen Sozialwohnungen oder andere preisgünstige Wohnungen gebaut werden. Neues Baurecht führt fast immer zu hohen Bodenwertsteigerungen. So ist es fair, wenn ein Teil



Copyright: picture alliance  
Unser Ziel: Preiswertes Wohnen durch das Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell.

dieses Gewinns abgeschöpft wird, zugunsten des Gemeinwohls. Nach jahrelangem, hartnäckigem Bohren ist es der SPD-Gemeinderatsfraktion nun gelungen, dass das Münchner Modell auf Stuttgart übertragen wird. Auch Stuttgarter Investoren werden in Zukunft einen Teil ihres Grundstücks verbil-

ligen und dort preiswerte Wohnungen schaffen – „Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell“ (SIM) nennt sich dies. So entstehen auch wieder sozial gemischte Wohngebiete, ein Markenzeichen der europäischen Stadt. Eine schleichende Aufspaltung in exklusive Stadtteile und solche, wo sich die Problemlagen ballen, kann sich eine Gesellschaft nicht leisten. Wie sollen Kinder aus stigmatisierenden Wohngebieten sich frei entfalten können? Wie sollen Migrantenkinder deutsch lernen, wenn es in ihrem Umfeld kaum deutsche Kinder gibt? Zu unserer Stadtgesellschaft gehören alle: Jung und Alt, Alteingesessene und Migranten, Gutsituierte und solche, die Mühe haben, ihr Leben zu bewältigen. Stuttgart soll eine Stadt bleiben, in der die unterschiedlichsten Menschen in guter Nachbarschaft zusammenleben. Das von uns initiierte „Stuttgarter Innenentwicklungs-Modell“ wird dies kräftig unterstützen.

■ Dr. Roswitha Blind

## Bessere Beteiligung: Bürgerhaushalt für Stuttgart

**Mehr Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger ist in aller Munde. Nicht allein, aber besonders an den Protesten gegen Stuttgart 21 ist deutlich geworden, dass die Bürgerschaft mehr unmittelbaren Einfluss auf wichtige demokratische Prozesse und Entscheidungen nehmen will, als dies bloß alle vier, fünf Jahre im Rahmen von Wahlen zu tun.**

Ein bekanntes und bewährtes Instrument dazu – gerade in Großstädten – ist der so genannte Bürgerhaushalt. Das 1989 in Porto Alegre in Brasilien erstmals praktizierte Verfahren bei den kommunalen Haushaltsberatungen hat sich inzwischen weltweit verbreitet und wird in verschiedenen Ausprägungen auch in zahlreichen Städten in Deutschland angewandt. Berlin, Hamburg, Köln, Frankfurt, Essen und viele andere sind bereits auf dem Weg zu mehr Bürgerbeteiligung mittels eines Bürgerhaushalts. So hat zum Beispiel die Stadtratsfraktion der SPD in Frankfurt ein anspruchsvolles Konzept entwickelt – und in Köln liegen bereits mehrjährige Erfahrungen mit einem vor allem internetbasierten Verfahren vor.

Auch die SPD in Stuttgart möchte die Menschen stärker an den haushaltspolitischen Weichenstellungen beteiligen. Wir haben deshalb im Rathaus einen Antrag eingebracht, der schon für die kommenden Beratungen zum Doppel-



Copyright: Uwe Steinbrich / photo.de  
Bürgerbeteiligung durch Bürgerhaushalt.

haushalt 2012/13 die Einführung eines Bürgerhaushalts unter repräsentativer Beteiligung aller sozialen Gruppen in der Landeshauptstadt vorsieht. Wir wollen bürgerschaftliches Engagement durch Teilhabe fördern, Transparenz und Verständnis für politische Vorgänge unterstützen, die Identifikation der Bürger mit ihrer Stadt stärken, die öffentliche Auseinandersetzung über Prioritäten in der Stadtentwicklung befördern – und, dass die Bürgerinnen und Bürger mit ihrem Wissen zu Partnern im Verwaltungshandeln werden.

Wir freuen uns, dass sowohl der noch amtierende Oberbürgermeister, als auch andere Fraktionen im Gemeinderat ihre grundsätzliche Unterstützung zugesagt haben. Aber schließlich haben sie sich ja auch gerade in letzter Zeit verbal für mehr Bürgerbeteiligung stark gemacht. Wir nehmen sie jetzt gerne beim Wort.

■ Andreas Reißig

